

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Der Volksfreund. 1901-1932 1922**

262 (9.11.1922)

# Volksfreund

## Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens

Verlagspreis: Durch unsere Träger zugestellt 245 M. mit Zustellgebühr; durch die Post bezogen 235 M.; in der Geschäftsstelle und bei unseren Karlsruhern Abgaben abgeholt 215 M. monatlich. Einzelhefte 10 M. Ausgabe: Werktags mittags, Geschäftsstelle u. Redaktion: Luisenstr. 24. Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 128; Redaktion Nr. 481. Anzeigen: Die einseitige Kolonelleise 22.-M., auswärts 27.-M. Die Neblamezeile 80.-M.; bei Wiederholungen Rabatt nach Tarif. — Annahmefluß 8 Uhr vormittags, für größere Aufträge nachmittags zuvor.

### Die Demokratie als Frucht der Revolution

Wenn unsere Presse nun schon seit einer Anzahl von Jahren im Gedenken an den revolutionären November 1918 wahrheitsgemäß feststellt, daß kaum jemals ein byzantinisch angelegelter Monarch und sein politisches System so lang- und klanglos von seinen Strapazen an Stütz gelassen wurde, wie Wilhelm II. und seine Monarchie, so antwortet es im Lager der Rechten regelmäßig mit Tönen des empfindlichsten Beselidigens. Und doch spricht die Sozialdemokratie mit jenen Feststellungen einfach nur Tatsachen aus. Die Uhr des deutschen Kriegswiderstandes und Wilhelms II. als obersten Kriegsherrn und Gottesgnadenmonarchen war bis zur letzten Federkraft abgelaufen. Die Ueberzeugung davon war bei allen urteilsfähigen Menschen in allen Lagern und allen Schichten allgemein. Deshalb haben sich diejenigen für das bis zum letzten Kartentau verspielte Stück keine Rippe mehr riskiert und keine Hand mehr gerührt, die heute wieder längt zu tun, als ob sie noch jederzeit bereit gewesen wären, sich für ihren König zum Opfer zu bringen. Sie sollten ehrlicher Weise das zugeben, was dem, der es mit erlebt hat, keine Wort-rabulistik hinwegwischt.

Für den Zustand des vollständigen An-Ende-Seins und der allgemeinen Deroute hier nur zwei kurze Hinweise aus der dazugehörigen Menge der Beweise. Divisionsgeneral Rabisch beschrieb in der „Kölnischen Zeitung“, wie am 9. November 1918 die Frontoffiziere im großen Hauptquartier in Spa zusammenberufen waren. Hindenburg war zugegen; die Generalstabsoffiziere Oberst Hege und Major v. Stülbnagel referierten; sie formulierten die Situation folgendermaßen: „Die allgemeine militärische Lage sei durch den Zusammenbruch Oesterreichs hoffnungslos geworden. Der Einmarsch in Süddeutschland steht den Italienern offen, wir haben ihnen keinerlei Widerstand mehr entgegenzustellen. Aus diesem Grunde müssen wir jeden Waffenstillstand annehmen, wie er auch ausfallen möge; wir sind dem Diktat des Gegners preisgegeben.“

So das Urteil im Großen Hauptquartier. Wie aber in Berlin, wo die Strategen aus dem Lager Seltzer, Westarp usw. operierten. Scheidemann, der damals das ganze Defektwerden und völlige Stoppen der alten Staatsmaschinerie gewissermaßen direkt im Maschinenaal von Stuppe zu Stuppe mit erlebte, schildert in seinem Buch geradezu erschütternd, wie sich der Seltzer, Westarp usw. in jenen Tagen nicht nur die eine übermäßigste Stimmung bemächtigte: „Du rettest den Freimut nicht mehr!“ sondern wie die ganze nationale Garde auch das „Zurück“ befolgte und sich seitwärts in die Wüste schlug. Noch mehr: Die „Post“ verleihe Ludenthorff einen gewaltigen Fußtritt, die „Deutsche Zeitung“ begehrte sich für die schwarzrotgoldenen Farben, die „Kreuzzeitung“ entfernte ihr „Mit Gott für König und Vaterland“ vom Kopf des Blattes, die „Deutsche Tageszeitung“ legte dar, daß die Monarchie vergeblich sei, weil sich ihre Träger als Schwächlinge und Unfähige erwiesen hätten, und die am meisten schrien nach Ordnung und Ehre als den Mann priesen, der geeignet sei, diese Ordnung herbeizuführen, das waren gerade alle die mutigen Davon-täufer aus der Reihe der Rechtsparteien.

Die Ordnung hat sich das Volk geschaffen in der freiheitlichen, demokratischen Verfassung, auf die die Sozialdemokratie vom Tage des Sturzes des alten Regiments an hingewirkt hat. Am 31. Juli 1919 wurde die republikanische deutsche Reichsverfassung von der Nationalversammlung in Weimar mit 282 gegen 75 Stimmen bei einer Stimmenthaltung angenommen. Schon vor mehr als einem Jahrhundert, bei den sogenannten Befreiungskriegen, war dem Volke von den Fürsten feierlich eine freiheitliche Verfassung versprochen worden, wenn es den Feind zum Lande wieder hinausjagen würde. Das Versprechen ist nicht gehalten worden. Auch im Revolutionsjahr 1848 wurden die Wünsche des Volkes nicht erfüllt. Die Fürsten, das Junkertum, die Armee, die Beamten bekamen das Selt wieder in die Hand. Das Volk in seiner Masse war politisch nicht reif. Das aufstrebende Bürgertum aber, die werdenden Industriellen, machten bald wieder ihren Frieden mit der Fürsten-, der Militär- und Beamtenreaktion und begnügten sich mit den Freiheiten, die ihnen die umgebene Ausbreitung ihres neuen Wirtschaftssystems garantierten. Dieses Wirtschaftssystem schritt fort und erforderte die verfassungsmäßige Zusammenfassung der noch in getrennter staatlicher Selbständig-

keit fortbestehenden deutschen Länder. Bismarck, der diese Zusammenfassung in der deutschen Reichsverfassung von 1871 bewirkte, ließ dabei die Fürsteninteressen, voran das Interesse des Hohenzollernhauses, nicht zu kurz kommen, sondern wiederum ausschlaggebend auch die neue Verfassungswelt beherrschten. „Seine Majestät der König von Preußen... Seine Majestät der König von Bayern, Seine Majestät der König von Württemberg, Seine königliche Hoheit der Großherzog von Baden und Seine königliche Hoheit der Großherzog von Hessen und bei Rhein...“ schlossen einen engen Bund... so lautet die Eingangsworte der 1871er Verfassung des deutschen Reichs. Als Scheidemann die deutsche Republik ausrief, lag die Verfassung der Majestäten und königlichen Hoheiten in Trümmern. Wirtschaftlicher und militärischer Imperialismus hatten den Weltkrieg heraufbeschworen. Der deutsche Militarismus wurde total besiegt, in seine eiserne Herrschaftsorganisation, in alle Machtverhältnisse der herrschenden Klassen kam der Zusammenbruch. Der einzige Machtfaktor, der nicht diesem Zusammenbruch verfallen war, war das organisierte Proletariat. Es war klar, daß es, als es die politische Herrschaft übernehmen mußte, sich eine ganz andere Verfassung als die der zusammengebrochenen Schichten zu geben hatte. Es gab sich die Weimarer Verfassung, es erklärte, Deutschland ist eine Republik, alle Macht geht aus vom Volke. „Das deutsche Volk, einzig in seinen Stämmen und von dem Willen befeht, sein Reich in Freiheit und Gerechtigkeit zu erneuern und zu festigen, dem inneren und äußeren Frieden zu dienen und den gesellschaftlichen Fortschritt zu fördern, hat sich diese Verfassung gegeben“, so lautet die Eingangsworte der Verfassung der deutschen Republik.

„Das Deutsche Reich ist eine Republik. Die Staatsgewalt geht vom Volke aus.“ so beginnt diese neue Verfassung im Artikel 1. Damit ist eine deutsche Verfassung errichtet, eine freiheitliche, die nirgendwo dem Volke von Fürsten gebracht werden kann. Jahrzehntelang hat das Proletariat gegen verfassungsmäßige Diktatur von oben und gegen Scheindemokratie gekämpft, an dem Tage, da es die politische Macht bekam, hat es die Demokratie ausgerichtet in der Erkenntnis, daß seine weitergehenden Ziele, die Verbesserung der wirtschaftlichen Machtverhältnisse im Sinne der Entwicklung zum Sozialismus durch keine irgendwie geartete Diktatur erreicht werden kann. Diese Erkenntnis gilt es jetzt zum Gemeingut jedes einzelnen Proletariats zu machen; es gilt mit demokratischen Mitteln eine sozialistische Volksmehrheit zu zeitigen. Die bisherigen Wahlen haben noch keine solche Mehrheit ergeben; 45 Proz. aller abgegebenen Stimmen waren auf sozialistische Parteien vereint, während das Bürgertum, alle nicht sozialistischen Schichten, 55 Proz. auf sich vereinigten. Noch etwa 6 Proz. neuer Anhänger, und die Sozialdemokratie hätte eine Mehrheit des Volkes hinter sich.

Manches hat sie bisher schon erreicht, und wenn die Verhältnisse unendlich sind, trägt daran etwa Schuld die bisherige Mitherrscherschaft der Sozialdemokratie in der Regierung, oder trägt die Schuld daran etwa die Verfassung? Alles, was in dieser furchtbaren Krise der Nachkriegszeit in Erscheinung tritt, ist darauf zurückzuführen, daß wir den Krieg verloren haben und daß aus den Siegerländern uns die Bedingungen diktiert werden von Leuten der gleichen Art wie unsere Kriegsverantwortlichen, Imperialisten und Revanchepolitiker in Deutschland. Diese Kreise wuchern zu den Reparationen über Reparationen, die man von uns fordert, Deutschland im Börsengetriebe aus, und in diesen reaktionären Kreisen strebt man auch mit allen Mitteln nach der Beseitigung der neuen Verfassung. Erzberger, Rathenau wurden zu Nutzungen der Verfassung, der Kapp-Putsch, das Attentat auf Scheidemann, die Todesdrohungen gegen Wirth, die Verleumdungen gegen den Reichspräsidenten, gegen jede an leitender Stelle stehende, das neue System stützende Person, es sind alles Beweise dafür, daß man im Lager der Reaktion vor den verbrecherischen Mitteln nicht zurückschreckt, um das Ziel zu erreichen. Das organisierte Proletariat aber, das freiheitliebende Volk, es muß aus innerer Ueberszeugung den Standpunkt vertreten:

Kampf allem, was der Republik feindlich ist! Wieder mit allen Mordorganisationen! So die demokratische Republik, die es ermöglicht, die Lage Deutschlands und der arbeitenden Klasse besser und menschwürdiger zu gestalten!

### Das erste Gutachten der internationalen Finanzfachverständigen

Stabilisierung der Mark möglich — Deutschland muß aber selbst energische Schritte unternehmen — Aufschub der Geld- und Sachleistungen auf etwa 2 Jahre

W.D. Berlin, 8. Nov. Die internationalen Sachverständigen haben ihr Gutachten erlassen, das der Reichsregierung übermittelte wurde. Das erste von Brand, Cassel, Jenks und Keynes unterzeichnete Gutachten enthält folgende Ausführungen: Die Gutachter sind vollkommen überzeugt von der dringenden Notwendigkeit, die Mark unverzüglich zu stabilisieren.

Unter der Voraussetzung gewisser Zugeständnisse seitens der Gläubiger ist eine Stabilisierung möglich. In erster Linie muß sie aber von Deutschlands eigenen Bemühungen ausgehen. Es ist hoffnungslos, augenblicklich eine Stabilisierung von fremder Hilfe zu erhoffen, da Deutschland als wichtigste Grundlage eine eigene aufbauende Politik haben muß.

Auf die Frage, ob eine Stabilisierung unter den gegenwärtigen Umständen möglich sei, wird mit Nein geantwortet. Und zwar

1. aus inneren Gründen vornehmlich wegen der Finanzpolitik des deutschen Reiches in der Kriegs- und Nachkriegszeit, und
2. aus äußeren Gründen insbesondere wegen der Lasten aus dem Versailler Vertrag.

Solange nicht Deutschland für einige Zeit von Zahlungen aus dem Versailler Vertrag entlastet würde, würde jeder Versuch zur Stabilisierung der Mark scheitern und nur zu einer nutzlosen Vergeudung der letzten Reserven Deutschlands führen. Die Länge des Zeitraumes für die Einstellung der Zahlungen wird von der Möglichkeit abhängen, im deutschen Haushalt eine Uebereinkunft zu erzielen. Die Zahlungen könnten erst wieder aufgenommen werden, wenn sie aus einem wirklichen Ueberschuß stammen und nicht aus der Inflation. Die Gutachter glauben, daß der Zeitraum gegenwärtig auf mindestens zwei Jahre festgelegt werden müsse. Der Zahlungsaufschub müsse die Sachleistungen ebenso wie die Barzahlungen umfassen. Jeder Stabilisierungsplan wäre aber nur vorläufig, wenn nicht eine endgültige und zwar baldige und durchführbare Regelung des Reparationsproblems gefunden würde. Eine endgültige Regelung des Reparationsproblems wäre so bald wie möglich zu treffen. Die Unterstützung durch ein internationales Konstruktum würde von guter Wirkung auf die Stimmung des Publikums sein. Vor einer endgültigen Regelung des Reparationsproblems auf einer vernünftigen Grundlage könnten ausländische Kredite nur in bescheidenem Umfang und nur als Unterstützung eigener Maßnahmen Deutschlands erhalten werden. Der Erfolg der Stabilisierung hängt von dem Gleichgewicht des Staatshaushalts ab. Außerste Sparjamkeit und äußerste Strenge in der Eintreibung von Steuern sind von entscheidender Bedeutung. Die Verschaffung des Kapitals für die öffentlichen Arbeiten darf nicht aus den laufenden Einnahmen erfolgen, sondern muß durch innere fundierte Anleihen gedeckt werden.

Auf der Debitseite seiner Zahlungsbilanz hätte Deutschland das Defizit seiner Handelsbilanz, seine Zahlungen aus dem Versailler Vertrag und die Kapitalflucht auszugleichen. Dafür ständen nur beschränkte Ausfuhr, Auslandskredite und Auslandskäufe von Mark und Reichsmark zu Gebote. Argendie haben diese beiden Seiten der Zahlungsbilanz auch während des laufenden Jahres ausgeglichen sein müssen. Würde die Handelsbilanz wirklich in dem Maße passiv wie angenommen wird, so hätte der Ankauf von Marknoten durch Ausländer eine Höhe erreichen müssen, die jede Möglichkeit übersteigt. Daraus ist zu folgern, daß das passive Saldo der gegenwärtigen deutschen Handelsbilanz nicht so groß sei, und daß im Falle die Zahlungsbilanz in den Zahlungen aus dem Versailler Vertrag von der Kohleneinfuhr zum Ersatz der Lieferungen von Reparationsloshe befreit wird, ein Ausgleich in der Zahlungsbilanz möglich sein muß, so halten die Gutachter den Zustand der Handelsbilanz nicht für ein endgültiges Hindernis der Stabilisierung der Mark. Zur Wiederherstellung der deutschen Handelsbilanz wäre die Wiederherstellung der Gleichberechtigung für Deutschland im internationalen Handel in Bezug auf das Recht, Güter von der Zuzufuhr zu erheben und von der Ausfuhr die Restbegünstigung zu fördern, nötig.

Die Stabilisierung wäre zu einem niedrigen Werte der Mark zu versuchen, wobei dieser Wert jedoch wesentlich höher sein kann, als der gegenwärtige.

Augenblick dürfte ein Sturz von 3000—3500 M für den Dollar als Grundlage für die Stabilisierung der Mark sein.

Bei diesem Kurse würde aber eine erhebliche Steigerung des Notenumlaufs nach und nach in dem Maße nötig sein, in dem das Geschäftleben des Landes zu normalen Verhältnissen zurückkehrt. Der endgültige Konversionsfuß wäre später festzustellen. Nach vollkommener Durchführung der Stabilisierung muß eine neue Wertfreiheit in Höhe der vielfachen stabilisierten Papiermark im Interesse der Werteherdeleuchtung eingeführt werden.

Als Richtlinien für die Stabilisierung der Mark führen die Gutachter folgendes an:

1. Gegen die Zustimmung zum Aufschub der Zahlung aus dem Versailler Vertrag für die Dauer von 2 Jahren stellt die deutsche Regierung der Reparationskommission folgende Garantien:

a) In Berlin ist als besonderer Teil innerhalb der Organisation der Reichsbank eine unabhängige Währungsstelle zu schaffen, der die Reichsbank einen gewissen Teil ihrer Goldreserve zur Verfügung zu stellen hätte.

b) So lange ein Teil dieses Goldes noch frei ist, hat die Währungsstelle Papiermark bei einem Angebot zu noch festzusetzendem Kurs zu kaufen.

c) Der Gesamtbetrag der schwebenden Schulden darf nicht über eine bestimmte Höhe hinaus anwachsen. — In diesen Grund- sätzen darf eine die Genehmigung der Reparationskommission nichts geändert werden.

Vor Genehmigung der vorstehenden Vorschläge durch die Reparationskommission wäre ein internationales Finanzkonferenzen zur Mitarbeit bei der finanziellen Stützung einzuweisen. Weitere Vorschläge betr. die Schaffung einer Devisenreserve und die Befreiung aller Devisenverordnungen. Ferner heißt es, der Reichsanwaltschaft müsse hinreichend hinaufgesetzt und teures Geld so lange aufrecht erhalten werden, bis die Stabilisierung völlig gelöst sei. Dagegen müssen Handelswechsel weisheitsvoll diskontiert und Lombardvorläufe gegen die üblichen Sicherheiten für den Bedarf des Handels eingeräumt werden. Zur Vermeidung der Gefahr des deutschen Privatbankrotts soll die Währungsstelle Goldschwachwechsel mit 1. bis 2jähriger Laufzeit ausgeben, die Devisen per Cassa laufen und an bestimmten Terminen wieder verkaufen. Da eine erweiterte Notenzirkulation für den geschäftlichen Bedarf des Landes erforderlich ist, sobald es zu normalen Bedingungen zurückkehrt, wären Noten soweit wie möglich auszugeben durch Diskontierung von Handelswechseln, zur Gewährung von Anlendarlehen an den Handel durch die Reichsbank, durch Verkauf von Mark, durch die Währungsstelle gegen Devisen und daneben in möglichst geringem Umfang gegen weitere Schwachwechsel zur Deckung des Defizits im Staats- haushalt in der Übergangszeit.

Scharfe Debatte zwischen Loucheur u. Poincaré

Loucheur für Verständigungs- und Friedenspolitik — Poincaré lehnt ab

PARIS, 7. Nov. In der heutigen Nachmittags- sion der Kammer erklärte der frühere Minister für die besetzten Ge- biete Abg. Loucheur:

Es handle sich darum, die Tatsache der maximalen Zah- lungsfähigkeit Deutschlands festzustellen, aber man dürfe dabei nicht die Zahlungsfähigkeit von Individuum zu Individuum mit der von Nation zu Nation verwechseln.

Eine der Hauptursachen der Weltkrise sei die Währungs- krankheit der Welt,

die die Währungen in den alliierten und den ehemals feindlichen Staaten entwertete. Die Unterhändler von 1919 hätten ein in der Welt einzig dastehendes Problem zu lösen gehabt. Er erin- nerte sich, daß er (Loucheur) im Jahre 1920 auf die ersten Symptome dieser über die ganze Welt verbreiteten Währungs- krankheit hingewiesen habe.

Loucheur übte Kritik an der kürzlich von dem Abgeordneten Renaud in der Kammer vorgelegenen Uebersetzung von deut- schen Aktien an Frankreich und an der Uebersetzung deutscher Werte im allgemeinen. Er greift auf seine Bemerkungen zu- rück, einen positiven Plan in die Wirklichkeit umzusetzen. 1921 habe die französische Regierung, trotz der Weigerung Amerikas, sich an einer Politik des Schuldenerlasses zu beteiligen. Wert darauf gelegt, einen positiven Plan vorzubringen. Im Dezem- ber 1921 habe er in London eine Unterredung mit Rathenau gehabt. Es sei aber nicht mehr der Rathenau des Wiesbadener Abkommens gewesen, und er (Loucheur) habe ihm die unläs- sigen Schwierigkeiten beschrieben, in die Deutschland geraten würde, wenn es nicht die internationalisierte Finanzkontrolle auf sich nähme.

Loucheur verweist im weiteren darauf, daß es Frankreich völlig unmöglich sei, in diesem Zeitpunkt die in Gold England gegenüber kontrahierten Schulden zu lösen und fügt sich da- rauf, daß Amerika zurzeit im Besitze eben desjenigen Goldes sei, das den Gegenwert dieser Schulden darstelle. Frankreich könne nicht mehr nach der gleichen Methode zahlen, nach der es selbst bezahlt werde. Es sei nicht in der Lage, wie England, dessen Handelsverkehr das für die Bezahlung seiner Schulden ver- arbeitete Gold aufzubringen. Er (Loucheur) sei durchaus dafür, daß Frankreich seine Schulden bei England und den Vereinigten Staaten zurückzahle, aber er warte immer noch darauf, daß man ein praktikables Mittel hierzu angebe. (Beifall.) Der Abg. Marcel Dubert rief demgegenüber: „Wie Deutschland uns bezahlen, dann können wir auch bezahlen!“

Loucheur entwirft dann ein Bild von der Lage Deutschlands. Deutschland werde dies Jahr weiter importieren müssen. Der Abg. Blum habe recht gehabt, wenn er gestern gesagt habe, daß Deutschland sich durch seine Inflationspolitik bankrott gemacht habe. Es handle sich hier nicht allein um einen Fehler der deutschen Regierung, diesen Fehler begingen auch die französi- schen Finanzleute und Bankiers, die geglaubt hätten, daß die Wechselkursdränge ihren Export begünstigen würde, während in Wirklichkeit das fortgesetzte Einlenken der Mark Deutschland ge- nützt habe, bei immer unheilvolleren Verhältnissen seine Ver-

forgung vorzunehmen, das Land ruiniert und jeden Haushalts- ausgleich verhindert habe. Deutschland müsse vor allem seine Finanzen in Ordnung bringen, sein Budget und seine Zahlungs- bilanz ausgleichen.

Loucheur bespricht alsdann die Frage der Sicherheit Frank- reichs. Wenn zwischen der Frage, nicht bezahlt zu werden und der Frage, keine genügende Sicherheit zu besitzen, gewählt wer- den müßte, würde er für die Sicherheit eintreten. Niemand könne es Frankreich verdenken, wenn es am linken Rheinufer ein Re- gime verlange, das ihm gestatte, in Ruhe zu schlafen. Es habe niemals den Gedanken eines besetzten Protektorats oder einer Annexion gehabt. Er denke nicht einmal, das linke Rheinu- fer vom Deutschen Reich zu trennen. Das linke und das rechte Rheinufer seien durch sehr enge Interessen miteinander verknüp- ft, aber wie Maurice Barres verlange er, daß alle preußischen Beamten entsetzt werden, die nach dem Rheinlande den kriegeri- schen Geist tragen würden. Das Rheinland den Rheinländern. (Beifall.)

Im Rheinlande dürfe man keine Finanzkontrolle, nicht ein- mal eine politische Kontrolle aufstellen, aber eine mili- tärliche Kontrolle. Dort dürften sich keine anderen Mächte gegen Frankreich organisieren, deshalb sei eine inter- nationale Macht unter der Kontrolle des Völkerbundes vorge- sehen, in der die französischen Soldaten die Mehrheit hätten. Das sei ein Plan von Clemenceau gewesen.

Ministerpräsident Poincaré unterbricht und erklärt: Nach dem Verträge selbst kann eine Räumung des linken Rheinu- fers erst am dem Tage erfolgen, an dem Deutschland seine Ver- pflichtungen erfüllt hat. (Lang anhaltender Beifall.) Diese Ver- pflichtungen sind nicht erfüllt. Es wird noch lange dauern, bis sie erfüllt sein werden. Solange dies aber nicht geschieht, wird die französische Regierung die Beizung ausreicht erhalten. Ich wiederhole, was die vorausgegangenen Regie- rungen erklärt haben: Solange der Vertrag nicht ausgeführt ist, wird Frankreich die Beizung aufrechterhalten.

Der Abg. Loucheur erwidert: Mein Standpunkt ist ein klein wenig verschieden von dem Hrn. Poincaré. Ich suche ein Regime, das den Frieden nach der Räumung sicher stellt.

Poincaré erwidert: Wir können das jetzt nicht ins Auge fassen. Der Abg. Evrard rief: „Diese Politik hat die Milio- nen überleben lassen!“

Loucheur fährt fort: In wenigen Tagen müßte Frankreich sich erklären. Das schlage er vor, um das Leben Europas wieder herzustellen und um ein glücklicher Zeit Frankreichs Sicherheit sicherzustellen. Frankreich habe vielleicht Lust auf Erfolg, aber wenn man ihm bei diesem lokalen Verlust mit einem Nein antwortet, dann habe das als alleinige Ursache Frankreich das Recht, die Maßnahmen zu ergreifen, die sein Leben und seine Sicherheit gewährleisten. (Beifall.)

Poincaré erwidert, daß habe Frankreich immer getan.

Loucheur antwortet: „Der Ministerpräsident! Gestatten Sie mir, Ihnen zu sagen, daß ich viel weiter blicke. Man muß nicht zuerst von Reparationen und dann von Europa spre- chen, denn man darf nicht aufhören, daran zu denken, daß wir alle — die einen mit den anderen — solidarisch sind.“ Poincaré erwidert: In diesem Gedanken haben wir ausbrüch- lich in London verlangt, daß die Konferenzen in Brüssel nicht ohne Polen und die anderen Nationen stattfinden solle. Abg. Loucheur rief dabei, daß das Programm Frankreichs einen allgemeinen Charakter tragen müsse.

Die Rede Loucheurs hat in der Kammer große Wirkung ausgeübt.

Moderne kapitalistische Konzentration

Die Konzentration der Wirtschaft, die man vor dem Krieg so oft beobachtet hatte, hat nach dem Krieg, und gerade in der letzten Zeit, ein kümmerliches Tempo angenommen. Wir haben in Mittel- deutschland den Zusammenschluß von 24 Holzschuhfabriken. Diese Gruppe verfügt über 35 000 Morgen Jüderbüdenland und ver- arbeitet 750 000 Semter Holzschuh. Seine besonderen Ziele sind: Pacht von Gütern, gemeinsame Verwertung der Masse, gemein- samer Einkauf von Holz- und Betriebsmaterialien. Also ein ziemlich enger Zusammenschluß! Wir haben die Jüderfabrik Wausig mit 4 Holzschuhfabriken, die eine Interessengemeinschaft mit Sarcoti-Berlin anstrebt, ferner eine Interessengemeinschaft der Jüderfabrik Anklam mit der Stettiner Raffinerie. Wir haben Zusammenschlüsse in Schlesien. In Süddeutschland haben sich die Jüderfabriken Stuttgart, Kellbronn, Waghäusel, Frankenthal, Weingarten und Offstein zusammengeschlossen. Frankenthal hat eine Interessengemeinschaft mit der Jüderfabrik Rauen. Es wird nicht lange dauern, dann werden die 260 Zin- kerfabriken und 60 Raffinerien zusammen mit den 2000 Jüder- großhandelsfirmen einen einzigen Trust darstellen, der bei seiner Verfügung über eine Jüderbüdenfläche von 360 441 Hektar eine enorme Macht darstellen wird.

Hinter Pflug und Schraubstock

Skizzen aus dem Lebensbuch eines Ingenieurs Von Max Eytz (Fortsetzung.)

Stoß, dieses feblliche Kieselstein, war um so bezuglicher und ergabte mir zwischen dem Perring und der Marmelade, wie sich alles so plötzlich und unerwartet gestaltet hatte.

„Ich bin zu der Ueberzeugung gekommen, Eytz, daß man nichts in der Welt beachten darf — nichts!“ sagte er, indem er mit der im eigenen aristokratischen Feinheits das Gerippe sei- nes Herrings umdrehte, um zu sehen, ob auf der unteren Seite nicht noch etwas Fleisch hängen geblieben war. „Meine Mut- ter hat aus ihrer Jugendzeit noch ein paar alte Freundinnen in London, von denen ich natürlich nichts erwartete. Eine der- selben — eine Miss Plunder — hat ein kleines Pensionat bei Richmond, soviel wir wußten. Die Nachbarvilla gehört einem Mister William Bruce, Jüdelingenieur seines Reichens und be- zehnten Mitglied des Direktoriums der Nord-Südtire-Eisen- bahn,“ welcher sein Geschäftsbureau in London hat und seit zwanzig Jahren in aller Welt Brücken baut. An diese Freundin schrieb meine Mutter in ihrer Verzweiflung um ihr Schicksal, und Bruce hatte das Glück, über die gemeinsame Gartenmauer hinweg von meinem Dasein zu hören, das ihm bisher völlig un- gekannt war. Auch ich hatte von dem Vorhandensein des berühm- ten Herrn Bruce erst über Karlsruhe einige verschwommene Nachrichten erhalten, beehrte ihn aber trotzdem vor acht Tagen mit einem Schreiben, in welchem ihm meine unschätzbaren Dienste angeboten wurden, Merkwürdigerweise nahm er dies ziemlich kühl auf. Doch erhielt ich, nicht ganz umgehend, eine Antwort mit der Aufforderung, wenn ich gelegentlich einmal nach London komme, möge ich ihn in seinem Bureau, Westminsterstraße 18, aufsuchen. Das war letzten Freitag. Die Gelegenheit bot sich unerwartet rasch; denn am Samstag früh sah ich bereits in

\*) Es möge hier ausdrücklich betont sein, daß sämtliche Na- men, auch die Ortsnamen, die sich in irgendwelcher Weise auf die „Eytz-Brücke“ beziehen, aus nachfolgenden Gründen erlunden sind. Dagegen ist die technische Geschichte des Unternehmens nicht im einzelnen den Lesern entsprechend erzählt.

einem Eisenbahnwagen, auf dem Wege nach London, und fuhr von Bahnhof mit dem besten Pferd eines guten Gabs nach West- minsterstraße, wo belanullich, wie in einem Bienenkorb, alle berühmten Jüdelingenieure der Welt, heißt das der englischen Welt, beisammen saßen. Nicht ganz ohne Beobachtung betrat ich das geschlossene Kabinen, auf glänzenden Messingplatten mit ihren weltberühmten Namen auf glänzenden Messingplatten zie- selte mir über den Rücken wie ein Anflug unheilvoller Beschlei- denheit. Es war fast ein Uhr, als ich vor Mr. Is anlangte, am Sonnabendnachmittag aber schickte die Kömige unsers Berufs ihre Kinde. So kam es, daß ich Herrn Bruce kennen lernte, als er eben seine stropfenden Handkühne anzog, und seine sechs Rechner, die in einem großen hellen Saal saßen und sechs Brücken für fünf Weltteile entwerfen, bereits freibeistrunken mit den Reifschienen klapperten. Ein schöner, stattlicher Mann mit weißer Weste, mit einem gewaltigen goldgelben Bart, den er liebedoll streichelte, so oft ihm die Gedanken flüchteten. Man kann sich in seiner Gegenwart vernünftiger Beobachtung kaum erweh- ren. Er las meine Karte, sah mich freudig an und krich seinen Bart etwas ungeduldig; es half offenbar nichts. Ich fing an, mich zu erklären, und war bald im ruhigen, gewohnten Gespräch. Wir haben uns in den letzten zwei Monaten einige Uebung in der Behandlung ähnlicher Fälle erworben. Sein Antlitz ver- düsterte sich. Ich schickte, wie mitten in meinem schönsten Satz die Hoffnungslosigkeit ihre eiskalte Hand auf meine Schulter legte. Auch das kennen wir zur genüge. Wohllich überzeuge mich ein laises bezugliches Zucken im Gesicht des großen Mannes, daß ihm ein Licht aufging. — „N — ah — die alte Miss Plunder — über der Gartenmauer“ — murmelte er, „ich weiß, ich weiß!“ — „Aber ich habe keine Zeit jetzt, Herr Stoß. Man kommt nicht Samstagnachmittags. — Wissen Sie was? Morgen ist Sonntag. Sie sind ein Verwandter von Miss Plunder — wie? — Kommen Sie morgen nachmittags zu mir nach Richmond hinaus, Pring- road, Pringroadvilla. Kommen Sie um vier; wir speisen um fünf. Dann kann ich Sie in Ruhe anhören. Adient!“ — Er war zur Türe hinaus und die Ramortreppe hinunter, ebe ich recht wußte, wie mir geschah. Die sechs Rechner sahen mich einen Augenblick misstrauisch an, klapperten dann noch heftiger mit Schienen und Winkeln auf ihren Reifschienen und warfen mit der Behendigkeit von Verwandlungskünstlern ihre Geschäftsröde ab. Als ich zur Türe hinausging, hörte ich einen zu den anderen sagen: „Das verdammt Korrenglück dieser Ausländer! Der Teufel soll sie holen!“ — Wie haben seit drei Monaten nicht viel von ihm verpörrt, Eytz? Wie?“

In der Holzindustrie haben wir jetzt vor allem zwei große Konzerne: der Millongener Holzwerkstoff- und Salzfabrik, Millersleben, Weilerberg, Vereinigte chemische Fabriken zu Leopoldsdorf — also eine Verbindung von Holzindustrie mit verschiedenen Gewalten, chemischen Abteilungen, Baumstoffsengruben und Wälden — und daneben die Winterfall-Gruppe mit den Deutschen Holzwerken A. G. und der Gewerkschaft Gläd- auf-Sonderhausen.

Das Motiv für den Zusammenschluß ist immer dasselbe, Verbilligung der Be- und Betriebskosten, Verteilung des Ri- sikos, Ersparnis an Umsatzsteuer und — das Wichtigste — Sicherung des Profits. Der letzte Geschäftsbericht der Schultze- Paugensche A. G. gibt als Grund der Konzentration ganz offen zu, man wolle das Unternehmen auf breitere Grundfläche stellen, um auch bei schlechtem Geschäftslage den Aktionären eine ge- nügende Rendite zu sichern. Schultze-Paugensche vereinigt des- halb in sich auch Holzfabriken, Mühlen und Forstwirtschafts- gesellschaften für Gerbenbark, Brauereibetriebe usw.

Kapitalistische Konzentration, Hoffverlebung — wir sind auf dem Wege durch das Besteuer, das Karl Marx prophetisch vorausgesehen hat.

Die Hungerblende der deutschen Agrarier gegen das deutsche Volk

Die agrarische Hungerblende gegenüber den städti- schen Verbrauchern nimmt trotz der Erhöhung der Preise für Umlagegetreide unvermindert ihren Fortgang. Auf der Hauptversammlung des Deutschen Landwirtschaftsvereins, die am Dienstag vormittag stattfand, machte der Vertreter des Reichs- ernährungsministeriums die Mitteilung, daß zur Verfertigung in Markten schon jetzt mehr Getreide als dem Auslande eingeführt werden müßte als im Vorjahr. Die Landwirte hätten von der Umlage bis Ende Oktober nur 400 000 Tonnen geliefert, während sie im Vorjahr in der gleichen Zeit 1.4 Mil- lionen Tonnen Getreide eingeführt haben. Der Preissteiger- ung könne nicht allein durch die schlechte Ernte erklärt werden, son- dern auch durch Schwierigkeiten bei der Verteilung der Umlage auf die einzelnen Landwirte. Diese Schwierigkeiten seien durch die späte Beschlußfassung des Gesetzes hervorgerufen und heute noch nicht überunden. Der Vertreter des Ernährungsmini- sters richtete daher einen dringenden Appell an die Landwirte, die Ableistung des Umlagegetreides soweit als irgend möglich zu beschleunigen.

Das Bild, das hier von der Ernährungslage gegeben wird, ist geradezu erschreckend. Wenn Herr Staatssekretär Heinrich die Schuld daran dem Verlegen des technischen Apparates zu- schob und auch die späte Beschlußfassung über das Gesetz für den Beschluß der Umlage verantwortlich machte, so hat er ver- gessen, hinzuzufügen, daß sein Ministerium dafür in vollem Um- fange verantwortlich ist. Das Reichsernährungsministerium hat die Vorlage diesmal außerordentlich spät ausgearbeitet und an den Reichstag gebracht, offenbar, weil es mit der Möglichkeit spielte, schon jetzt die freie Wirtschaft einzuführen. Die wirklich Verantwortlichen aber für die geringen Erträge, die die Um- lage bisher gebracht hat, sind die Agrarier, die nicht nur die Auf- stellung einer einwandfreien Ernteertragskontrolle, sondern sogar vielfach die Befreiung ausgeben haben, die Veran- lagung zur Umlage zu hinterziehen. Man verdamne gebrauchte Formulare, auf denen gegen eine „zu starke“ Heranziehung zur Umlage von vornherein Einspruch erhoben wurde. Dadurch entstanden natürlich viele Verzögerungen.

Es ist ein gefährliches Spiel, das die Agrarier mit ihrem Lieferstreit treiben — denn nichts anderes ist ihr aktiver Wider- stand gegen die Umlage. Der Verband liegt nahe, daß mit diesem Vorgehen das politische Ziel verfolgt wird, die Arbeiter- schaft gegenüber dem Vorkurs der Reaktion mürbe zu machen.

Gewerkschaftliches

Inzureichende Gehaltsregelung im Bankarbeiter- Verband Vom Gewerkschaftssekretär Karl Bruch des Allgemeinen Verbandes der Deutschen Bankangestellten für die Bezirke Baden, Würt- temberg, Hessen und die Pfalz wird uns geschrieben: Lieber das am 2. November zwischen dem Reichsverbande der Bankleuten- gen, dem Deutschen Bankbeamtenverein und zwei kleineren Or- ganisationen getroffene Gehaltsabkommen für Oktober und No- vember verbreitet der Deutsche Bankbeamtenverein Mitteilungen in der Presse, die unrichtig und irreführend sind. Der Deutsche Bankbeamtenverein behauptet, durch das Abkommen sei 1. das Oktobergehalt verdoppelt, 2. das vorläufige Novembergehalt um 33 Prozent gegen den Oktober erhöht worden. Beides ist falsch. In Wirklichkeit beträgt die Steigerung des Oktobergehalts nur

PÜTZ EURE OFEN NUR MIT ENAMELINE

„Von Teufel?“ fragte ich, bereit, meinem Freund heftig zu widerprechen.

„Vom Glück!“ erklärte er begütigend, so daß ich ihn fort- lassen konnte. „Aun aber famos wirklich und wahrhaftig in seiner ganzen Glorie, wenigstens auf einen Sonnennachmit- tag. Es war ein prächtiger Tag, und das Festmahl um Mit- tmond herum ist ein Paradies, wenn die Sonne scheint. Diese Blumen und Sträußer, diese Gärten und Parke, diese borne- gen Stille, dieser feierliche Klang, dieser Duft über allem, der den nächsten grünen Hügel zu einem Waldgebirge macht und den Re- nen Fluß in der Ferne blitzen läßt, als sei's der stolze Strom des Kontinents. Ich hatte einige Male, Pringroadvilla zu fin- den. Ein wundervoll gehaltener kleiner Garten, mit Wäldchen und Palmetten, Blaubüchen und weißen Flieder bestockt, führte zum Haus hinauf und auf der anderen Seite nach der Rhein- hinunter. Das Haus war nicht groß, nicht allzu vornehm, aber behaglich und reich ausgestattet mit allem, was das Leben lebens- wert macht. Wenn ich diesen verpörrten Perring ansehe, Eytz, welcher Gegenpart!“

Er ergreift den Glodenzug am Kamin. „Frau Stevens, Sie können die Herringe wegnemen! Das- sen Sie das dritte Gebod nur liegen; Herr Schindler muß in zwanzig Minuten hier sein.“

„Wo steht er denn eigentlich? Derby ist keine bedeutende Stadt, ist doch ich weiß,“ bemerkte ich, indem ich mich nach englischem Brauch daran machte, die tolle Hammelsteine meines Freundes zu zerlegen, die vor mir stand.

„Man soll nichts im Leben verachten!“ rief Stoß zum zwei- tenmal. Er triffte heute den Lebensweisheit, vermutlich, weil er jetzt im Gefassen saß und wir am Abend Scherlinge noch neilsch auf den Hosen umhergeschiffen. Das gab ihm ein Recht, uns zu belehren. Dann fuhr er fort: „Meine mehrerwähnte Miss Plunder, die ich übrigens noch heute nicht gesehen habe, schrieb im gleichen Brief, in welchem sie meiner Mutter die Pringroad- villa verriet, daß ihr Vater mit großem Erfolg die maßstaben- mäßige Erziehung von kleinen Jungen in Derby betriebe, und daß dieses hervorragende Institut einen Lehrer der französischen Sprache suche. — Du weißt doch, daß Schindler in Paris ge- boren ist?“

„Nicht möglich,“ rief ich fast entsetzt. Ich kannte keinen Menschen, der unteuflicher ausseh als der gute Schindler. (Fortsetzung folgt.)

74-82 Prozent gegenüber den unzureichend geregelten Septemberverhältnissen, wobei die Angehörigen 25 Prozent weniger erhalten haben als ihnen nach dem Abkommen vom 15. 9. zufließen. Die Steigerung für November gegenüber Oktober beträgt nicht 30 Proz., sondern nur 7-8 Proz. Und durch diese Steigerung von 7-9 Proz. wird bereits eine Novembersteigerung von 36 Proz. als abgekauft betrachtet. Durch diese Vereinbarung wird die Tarifbasis erheblich verschlechtert. Aus diesem Grunde hat der Allgemeine Verband der Deutschen Bankangestellten mit Recht keine Teilnahme an dieser Vereinbarung abgelehnt und sich dadurch völlige Handlungsfreiheit in der Wahrnehmung der Bankangestellten-Interessen bewahrt. Diese feste Haltung des Verbandes hat zu einem starken Zustrom neuer Mitglieder in den Verband geführt.

**Schiedspruch im Buchdruckergewerbe**

Nach dem von dem Reichsarbeitsminister geführten Verhandlungen über den von den Arbeitgebern abgelehnten Schiedspruch im Buchdruck- und Zeitungsgewerbe wurde auf Antrag der Arbeitnehmer der Schiedspruch vom Reichsarbeitsminister für verbindlich erklärt.

An der Lohnklasse C (höchste Stufe) wird den verheirateten Vätern in Orten mit 25 Proz. Vorkaufschlag für die Zeit vom 5. bis 15. November 1922 ein Zuschlag von 248,25 M. für die Zeit vom 19. November bis 1. Dezember 1922 ein Zuschlag von 1370,50 M. auf die bis zum 4. November 1922 gezahlten Tarifrüme gegeben. Die übrigen Lohnsätze in den Alters-, Orts- und Familienhandelsklassen werden nach diesen jeweiligen Wochensätzen in den Verhältnissen des letzten Lohnabkommens abgestuft.

**Soziale Rundschau**

**Die Lage des Arbeitsmarktes in Baden**

Die Tendenz zur Verschlechterung hielt auch in der Wirtschaft an, ohne daß im allgemeinen zurecht schon von einer Arbeitslosigkeit großen Umfangs gesprochen werden könnte. Es machte sich jedoch eine Verminderung der Nachfrage nach Kräften in der Industrie und auch bei den ungelerten Bauarbeiten bemerkbar.

Die Metall- und Maschinenindustrie forderte immer noch ältere gefüllte Spezialarbeiter an, im ganzen machte sich aber eine etwas verringerte Nachfrage bemerkbar. In der Textilindustrie zeigte sich keine Veränderung der schwankenden Lage. Im Holz- und Schnitzstoffgewerbe hielten sich Angebot und Nachfrage einigermaßen die Waage. In der Nahrungsmittelindustrie (Schokoladen- und Konfektfabrikation) ist eine Verschlechterung eingetreten, ebenso hielt die Verminderung des Kräftebedarfs in der Tabakindustrie an. Im Berggewerbe klaut die Nachfrage unter der Wirkung der schlechten Witterung schwach ab, betroffen wurden insbesondere Bautagelöhner und Erdarbeiter. Weiter verringert hat sich die Kräftefrage im Buchdruckergewerbe.

**Aus der Partei**

Reinhold, 8. Nov. Samstag, 11. November, abends 8 Uhr, findet im Parteilokal zum Adler eine Mitgliederversammlung unserer Partei statt. Es ist dringend nötig, daß jeder Parteigenosse zu dieser Versammlung erscheint. Gleichzeitig sind auch die Kandidaten unserer Partei eingeladen. Nominieren Sonntag findet im Gasthaus zum Adler eine öffentliche Versammlung statt. Die gesamte Einwohnerschaft ist zu dieser Versammlung eingeladen.

**Gemeindepolitik**

**Vollzugsverordnung zur Badischen Gemeindeordnung.** Das Gesetz und Verordnung über die Gemeindeordnung in Nr. 79 der Vollzugsverordnung zur badischen Gemeindeordnung vom 5. Oktober 1921. Darin ist die Ausübung der Staatsaufsicht über die Gemeinden in den Fällen des § 65 Absatz 3 Nummer 15 G.O. und zwar in Städten bei Beträgen von mehr als 1 Million Mark, in den übrigen Gemeinden bei Beträgen von mehr als 250 000 M.; b) bei Genehmigung von Gemeindefusionen oder Gemeindegemeinschaften der Städte und mittleren Stadtgemeinden in den Fällen des § 65 Absatz 3 Nummer 14 und 22 G.O. bei Beträgen von mehr als 250 000 M. Änderungen der in Absatz 1 genannten Sätze erhebt das Ministerium des Innern durch Bekanntgabe im Staatsanzeiger an. Zur Mitwirkung bei der Ausübung der Staatsaufsicht durch die Landeskommissionen in den Fällen des § 110 Nummer 1 G.O., sowie in anderen Fällen ist ein aus sechs Mitgliedern bestehender Beirat zu wählen. Der Beirat wird jeweils nach Erledigung der regelmäßigen Kreiswahlen neu gewählt. Wahlbezirk ist der Dienstbezirk des Landeskommissars. Wahlberechtigt sind die Kreisversammlungsmitglieder, wählbar Personen, die als Bürgermeister oder Gemeindevorstand in einer badischen Gemeinde tätig sind oder waren. — Das von den Bürgermeistern und Gemeindevorständen zu leistende Handgelübde lautet: „Ich verpflichte mich freiwillig Handgelübde an Eidesstatt, daß ich während meines Amtes als ... der Gemeinde ... getreu der Reichs- und Landesverfassung und gehorcht den Befehlen, alle mir obliegenden Pflichten gewissenhaft erfüllen werde. Insbesondere gelobe ich, die Rechte der Gemeinde gewissenhaft zu wahren und ihr Wohl und das ihrer Angehörigen nach Kräften zu fördern. Auf Ehre und Gewissen.“ — Die Vollzugsverordnung tritt mit der Verkündung in Kraft.

**Brüderlicher Morgen**

Von Wolf Gustav Haebler

Schwüle lag über der Welt,  
Vögel starrten, grell, Raubtieren gleich,  
Zwischen den Wittern der Staaten ...  
Da fällt  
Zu dem der Blut; Reich um Reich  
Brennt auf; Iedern blüht die eisernen Saaten.  
Die Witter fürzen; Menschen entfesselt im Wahn:  
Europa brennt; sie zünden der Menschheit heiliges  
Bildnis an!

Graue Schande kriecht über graue Erde.  
Welt ist faul! Menschheit — leere Geberde.  
Du — bist ein Nichts, Zahl, Nummer, ein Irgegendwer,  
Weniger denn eine Granate oder ein Maschinengewehr ...  
Du Mann, du Frau, du liebes Kind:  
Irgendwo Heimat und Liebe sind,  
Irgendwo ist Frieden,  
Irgendwo ist Brot ...  
Voll, dir ist beschieden  
Nur die bittere Not.  
Voll! Deine harten Schämmer kreisen,  
Deine Frauen und Kinder schaffen in der Fabrik —  
Voll! Berührt sind deine lieblichen Weisen,  
Verloren dein seligstes Glück ...  
Voll! Erwache, schwing dich an Bord  
In Scharen, Massen, Kompagnien, und marschier  
Gegen das Schicksal Krieg, gegen das Scheusal Nord!  
Sprich einmal nur das trostige, drohende Wort:  
W 3 W!

Da strömt aus Fabriken, Mischhöfen, Kasernen,  
Aus Höfen, Tiefen, Nischen und Fernen  
Voll um Volk, die grauen Scharen,  
Und voran, in Iobenden, rotenäsenden Haaren  
Das trostige Weis: die Revolution!  
Allred fällt Thron um Thron;  
Entsart stehen die Spieler im grellen Licht:  
Das alte Europa zerbricht.  
Die Menschheit hat sich aufgebäumt,  
Ein wilder Traum ist ausgeträumt,  
Deutschland! Heimatlant!  
Das löse Feuer ist ausgebrannt,  
Voll steht mit zerfetzten Ketten und steht  
Wie Krieg und Schreden nachwärts flieht ...  
Und schau: aus der Asche glühender Not  
Steht sich ein neues Morgenrot,  
Männer und Frauen wandern Hand in Hand  
In neues, kaumgekanntes Land!

Aus Trümmern, aus Hagel, Donner und Sturm  
Steigt langsam und mächtig ein fester Turm.  
Millionen Hände sind am Bau:  
Es schafft der Mann, es schafft die Frau,  
Aus fernem Himmel dämmert das kommende Licht:  
Auf Werkleute all! Aus Dunkel bricht  
Brüderlicher Morgen, der uns alle umspannt:  
Das freie, wundervolle Menschenheimatlant!

**Prolog der Revolution**

Es ist in den letzten Jahren viel an dem großen Bau gerüttelt worden, den die Theoretiker des Sozialismus errichtet haben und man fügt ihrem Namen nichts Böses zu, wenn man offen gesteht, daß mancher Stein vor der prüfenden Hand nicht stand zu halten vermochte. Vielleicht dürfen wir uns gerade dann, wenn wir Dialektik im marxistischen Sinne treiben, mit umso berechtigterem Stolz als Erben marxistischen Geistes bezeichnen, weil wir die Geschichte dialektisch, nicht aber vom Standpunkt der konservativen Beharrung aus ansehen.

In seiner glänzenden, auch heute noch überaus lesenswerten Schrift „Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte“ sagt Karl Marx einmal folgendes:

„Bürgerliche Revolutionen, wie die des 18. Jahrhunderts, führen rascher zu Erfolg, ihre dramatischen Effekte überbieten sich, Menschen und Dinge scheinen in Feuerbrillanten gefaßt, die Effekte ist der Geist jedes Tages; aber sie sind kurzlebig, bald haben sie ihren Höhepunkt erreicht, und ein langer Kataklysmus erfaßt die Gesellschaft, ehe sie die Resultate ihrer Drang- und Sturmperiode nüchtern sich aneignen lernt.“

Prüfen wir an der Hand dieser Vorgeschichte die deutsche Novemberrevolution, so stellen wir fest, stellen es freudig fest, daß sie mit dem Charakter einer bürgerlichen Revolution nicht das Mindeste gemein hat. Da war nichts zu spüren von Manifest oder Etappe, nichts von Höhepunkten oder überschäumenden Elementarereignissen, nichts von dramatischen Effekten oder epochenmachendem Wendepunkt: die deutsche Revolution ging einen anderen Weg. Prüfen wir, ob auf sie die weiteren Worte von Karl Marx zutreffen, in denen er folgende Charakteristika entwirft:

„Proletarische Revolutionen dagegen, wie die des 19. Jahrhunderts, trillieren beständig sich selbst, unterbrechen sich fortwährend in ihrem eigenen Lauf, kommen auf das Scheinbar vollbrachte zurück, um es wieder von neuem anzufangen, verböhnen

grausam gründlich die Schwächen, Schwächen und Erbärmlichkeiten ihrer ersten Schritte, scheinen ihren Gegner nur niederzuwerfen, damit er neue Kräfte aus der Erde sauge und sich riesenhafter ihnen gegenüber wieder aufrichte, schreien stets von neuem zurück vor der unbestimmten Ungeheuerlichkeit ihrer eigenen Werke, bis die Situation geschaffen ist, die jede Umkehr unmöglich macht, und die Verhältnisse selbst rufen: Sic Rhodus, hic salta.“

Mit erstaunlicher Präzision ist in diesen Worten das Wesen der proletarischen Revolution gezeichnet, und wenn wir sie auf die Ereignisse in Deutschland, in Rußland, in Oesterreich usw. seit den denkwürdigen Herbsttagen 1918 vergleichend anwenden, so finden wir erheblich mehr Merkmale, die auf das Zutreffende der gegenwärtigen Revolutionsperiode mit den von Marx geschilderten proletarisch-revolutionären Perioden des 19. Jahrhunderts hinweisen. Dabei dürfen scheinbare Abweichungen nicht unterschätzt, ebensosehr aber nicht allzu schwer genommen werden: es war ein müdes, abgeschwächtes Volk, das sich in verzweifelter Kraftanstrengung im Jahre 1918 erhob, um die unerträglich lastenden Ketten von sich zu werfen. Wer wagt es, abfällig darüber zu urteilen, daß einem solchen Volk der geistige Elan und die große Geste abhanden gekommen war. Im Beginn der revolutionären Epoche des 20. Jahrhunderts drohten — und das ist für diese Periode entscheidend — die Schritte der Arbeiterbataillone. Die Zukunft, die der Arbeiterklasse gehört, wurde von ihr eröffnet.

**Badische Politik**

Die Bezirksrats- und Kreiswahlen. Auch in Wahl ist durch Beschleunigung die Wahl hinfällig geworden. Nach dem Kompromiß erhalten im Bezirksrat die Zentrumsparlei 8, die Demokraten und Sozialdemokraten je einen Sitz, während im Kreis das Zentrum 5, Demokraten und Sozialdemokraten ebenfalls je ein Mandat bekommen.

Ausgabe und Annahme von Notgeld. Bis jetzt haben die nachstehenden Städte und Gemeinden die Genehmigung des Reichsfinanzministeriums zur Ausgabe von Notgeld erhalten: Baden-Baden, Freiburg, Hornberg, Konstanz, Lörrach, Forstheim, Malsau, Weinsheim, Furtwangen, Heidelberg, Kleinlautenbach, Adolphsdorf, Waldshut, Singen, Neul. Zell i. B., Offenburg, Säckingen, Mannheim, Karlsruhe, Schopfheim, Gaggenau, Gernsbach und Forbach (letzter 3 gemeinsam). — Der Präsident des Landesfinanzamts Karlsruhe, die Reichsbahndirektion Karlsruhe, sowie das badische Finanzministerium haben Weisung gegeben, daß die ihnen unterstellten Stellen das bis jetzt ausgegebene und demnächst weiter zur Ausgabe kommende Notgeld der badischen Städte und Gemeinden in Zahlung nehmen. Es ist also in weitem Maße dafür gesorgt, daß das in Baden ausgegebene Notgeld auch außerhalb des Ausgabeortes Verwendung finden kann, jedoch dem Notgeld der badischen Städte und Gemeinden ein möglichst freier Umlauf innerhalb Badens gesichert ist. Die Laufzeit der Notgelder beträgt durchweg 3 Monate. Wo aber die Laufzeit hiernach vor dem 15. Dezember 1922 endigen würde, hat der Reichsfinanzminister allgemein genehmigt, daß die Scheine nicht vor dem 15. Dezember ds. Js. aufgerufen werden.

**Kleine badische Chronik**

\* Dürmersheim, 7. Nov. Unter den Händen weg gestohlen wurde einem hiesigen Bürger ein Sack Korn. Er war mit Pflichten beschäftigt, als er nun den Sack fassen wollte, mußte er zu seinem großen Schrecken feststellen, daß ihm während der Arbeit die Saatfrucht entwendet worden war.

\* Heidelberg, 7. Nov. In einem hiesigen Lokal gab gestern ein Gast dem Kellner zur Begleichung seiner 40 M. machenden Beute versehen einen 10-Frankenchein. Als der Kellner den Gast darauf aufmerksam machte, erhielt er von dem befrühten Gast 10 000 M. Trinkgeld. Die 50 Franken referierten einen Wert von 60 000 M. — Freiwillig gestellt hat sich ein zugereister Arbeiter, der seinem Arbeitgeber Lohngehälter im Betrage von 70 000 M. unterschlagen hat.

\* Heidelberg, 6. Nov. Die Firma Max Fahrtenkrug hat ihrer gesamten Arbeiterkraft, sowie den Angehörigen gefündigt, da das Wohnungsamt einen Teil der bisher verwendeten Räume für Wohnungszwecke benutzen will, und die Firma nicht in der Lage ist, andere Räumlichkeiten aufzutreiben. — In der Nacht zum Samstag brach eine Diebstahl in eine Villa in der Hiegelhauser Landstraße ein und entwendete Silbergegenstände, Wäsche, Stoffe usw. im Werte von 720 000 M. Für die Verbringung wurden 10 000 M. Belohnung ausgesetzt.

\* Mannheim, 8. Nov. Eine in den 2-Quadranten dahier wohnende 47 Jahre alte Pflegerin hat sich letzten Dienstag bormittag infolge Nervenelebens erkängt. — Eine in Neckarau wohnende Arbeiterfrau im Alter von 40 Jahren verdrückte wegen ehelicher Zwistigkeiten ihrem Leben ein Ende zu machen. Bewußtlos wurde sie ins Krankenhaus gebracht.

\* Mannheim, 8. Nov. Gegenüber dem Friedrichspark im Laufe v. 6. 29 wurde gestern früh gegen 6 Uhr wiederholt an einen Laden der im Hinterer gelegenen Wohnung von Gustav Witterbeerg geklopft. Das Dienstmädchen eilte vom Bett an das Fenster und beim Öffnen desselben erhielt sie einen Schlag auf den Kopf, der sie bewußtlos zu Boden streckte. Ueber die weiteren Vorgänge kann das Dienstmädchen, das nachmittags noch unter den Nachwirkungen des Ueberfalles litt, nichts angeben. Sie kam erst wieder zu sich, als sie von ihrer Herrschaft auf ein Ruhebett gelegt wurde. Wie gewöhnlich wurde das Mädchen um 7 Uhr durch Mufe geweckt. Als keine Antwort erfolgte, Licht aber schon im Wohnzimmer brannte, sah sich der Wohnungsinhaber nach dem Mädchen um und fand dasselbe in einer Ecke des Zimmers liegend mit einem Stichel im Munde und mit einer Tischdecke zugebedt. Die auf dem Boden liegenden Teppiche waren zum Mitnehmen zusammengewickelt. Gestohlen wurde nichts. Der oder die Täter entlanten unerkannt.

\* Emmendingen, 7. Nov. In den Wehrlewerken ereignete sich gestern morgen ein bedauerlicher Unglücksfall. Eine von einem Mann hochgezogene schwere Eisenplatte löste sich los und traf den 30 Jahre alten verheirateten Tagelöhner Julius Schildwein so unglücklich, daß er sofort tot war.

**„Aromakron“**  
feinste  
**Kaffee-Essenz**  
überall erhältlich.  
Vertreter: Adolf Hausam, Karlsruhe i. B.  
Telephon 4709.

**Dixin** das dankbare  
**Seifenpulver**  
ist sparsam im Gebrauch und billig.  
ALLEINIGE HERSTELLER:  
**MENKEL & CO., DUSSELDORF**



Bei der Stadt, Straßenbahn redet die Straßenkommission in solchen Angelegenheiten ebenfalls mit. Und bei der Albtalbahn? Da hat man eine solche beratende Stelle nicht notwendig, da geht die Sache ohne einen solchen „umständlichen Apparat“, da machen es die wenigen Kapazitäten ganz allein. Und der Fahrplan steht dementsprechend auch aus. So fährt ab abends 6.28 ein Zug von Karlsruhe ab, ihm folgt der nächste um 6.58 und von da ab müssen die Fahrgäste warten bis 7.28, also volle 1 1/2 Stunden. Der Zug der von Karlsruhe um 7.40 abfährt, wurde einfach für Werktags gezeichnet, ohne die anderen dementsprechend einzuteilen. Natürlich macht sich diese Mängel in der Verkehrsbedürftigkeit auch im Verkehr von Müppurr nach der Stadt bemerkbar, indem von 6.38 ab bis 7.50 Uhr keine Fahrgelegenheit mehr ist. Wer also in eine Veranstaltung oder Veranstaltung in die Stadt will, die gewöhnlich um 5 Uhr beginnt, muß schon um 6.40 Uhr von Müppurr abfahren und jemand in der Stadt eine volle Stunde herumbummeln — während des Winters! — bis die Veranstaltung beginnt. Wenn er dies nicht will, dann muß er eben laufen, trotzdem er seine Monatskarte in der Tasche hat. Und eine solche erzwungene Verbindung nennt man Vorortverkehr! Die Albtalbahn erschwert den Bewohnern von Müppurr und der Gegend, daß das Wohnen in diesen Gebieten immer mehr, insbesondere wenn sich die betreffenden Bewohner um das geistige und kulturelle Leben in der Stadt bemühen, auszubilden. Aber auch sonst, um sich in Abendstunden weiter auszubilden. Aber auf solchelei Dinge nimmt man bei der Albtalbahn auch nicht die mindeste Rücksicht, die dortigen nachgehenden Bedürfnissen wissen scheint nichts von dieser Einrichtung in der Stadt.

Wir wenden uns deshalb an die Stadtverwaltung und die Kreisleitung, hier einmal nach dem Rechten zu gehen und ihren Einfluß dahin geltend zu machen, daß die Zugfolge besser eingeleitet wird. Vielleicht gäbe es dadurch eine Abänderung, daß der um 6.58 Uhr in Karlsruhe abfahrende Zug ausfällt, da ja um 6.28 Uhr einer abfährt, jedoch wieder der Zug 7.08 ab Müppurr verkehren könnte. Es geht doch nicht an, daß man immer nur mit den Fahrpreisen aufschlag und dafür weniger leistet. Denn schließlich bezahlt man doch sein Fahrgehalt und auch fahren zu können.

**Sammelt für den Wahlfond**

Wahlfondsmarken sind bei den Vertrauensleuten erhältlich oder bei Gen. Kassierer Lang, Kaiserstr. 46. Können Beiträge auf das Giro-Konto des Sozialdem. Vereins Nr. 7705 bei der Stadt, Sparkasse einbezahlt werden.

**Millionendiebstahl.** In der Nacht vom 7. auf 8. ds. Mts. brachen unbekannte Diebe in eine hiesige Waschanstalt ein und stahlen daraus sämtliche unvorbehandelte Wäsche im Werte von circa einer Million Mark.

**Reicher Tod.** In einem hiesigen Restaurant erlitt gestern nachmittags ein Mann aus Eisingen einen Schlaganfall, welcher seinen sofortigen Tod herbeiführte.

**Eine Verkehrsstörung der elektrischen Straßenbahn** von etwa 1/2 Stunde entstand gestern abend am Marktplatz dadurch, daß ein anhängemogen entgleiste.

**Verhaftungen** wurden: Drei Ausländer wegen Verfehlungen gegen die Bahnpolizei, ein Polier aus Widdach sowie ein Tagelöhner von hier, die einem Kaufmann hier Waren im Werte von 14000 M. entwendeten, welche zum Teil wieder beschlagnahmt werden konnten; ein Tagelöhner aus Taglinden und ein Tagelöhner aus Lendbach, welche hier aus einer Fabrik Waren im Werte von 120000 M. gestohlen haben.

**Müppurr.** Erziehungswerte hat sich auch hier der Absonnerungsstand des „Vollstreub“ gut gehalten. Damit ist aber nicht gesagt, daß die Zahl der Weigerer des Arbeiterblattes im allgemeinen beträchtlich ist. Es gibt noch eine recht große Zahl von Arbeitern, Angestellten und Beamten, die Absonnerungen bei hiesigen Presse und nicht des Arbeiterblattes sind, aber bei hiesigen Besuchen den „Vollstreub“ in Anspruch nehmen. Eine rege Agitation für das Arbeiterblatt ist auch in unserem Bezirk erforderlich, denn je stärker die Arbeiterpresse verbreitet ist, desto erfolgreicher kann sie die Interessen der arbeitenden Bevölkerung vertreten. Einige Worte stellen es hier ausdrücklich, den „Vollstreub“ abzugeben, ist, was unser Platz auszeichnet; es sind dies: „Bäringer Löwen“, „Rosa“, „Grüner Baum“ und „Lamm“. Wir bitten unsere Anhänger, insbesondere auch die Arbeitervereine, diese Gesandte herzlich zu unterstützen.

**Touristenverein „Die Naturfreunde“, Ortsgruppe Karlsruhe.** Immer wenn die Nat am größten, zeigt sich bei den „Naturfreunden“ der Idealismus am nächsten. Das beweisen die vielen Gaben und Geschenke, die zu dem am 12. Dezember ds. J. stattfindenden Kinderbesuchung bis heute schon eingegangen sind. Trotz der schweren Zeit haben die Naturfreunde beschlossen, an diesem Tage den Kindern wiederum eine Weihnachtsfeier zu bereiten. Die Mitglieder wollen daher ihre Kinder unter 14 Jahren bis zum 1. Dezember bei Genosse Singer, Kessingstraße 82, zur Versicherung anmelden. Auch im Freitag im Lokal Gelegenheit zur Anmeldung geboten. Freiwillige Gaben und Spenden werden ebenfalls dorthin mit Dank angenommen.

**Landestheater.** Freitag, den 10. ds. Mts., erscheint unter der Leitung des Intendanten und des Operndirektors des zwölftägigen Wagners erste Oper „Die verurteilte Einsicht“ wieder im Spielplan. Am Sonntag findet eine Wiederholung der mit großem Beifall aufgenommenen Oper „Cavalleria rusticana“ und „Pagazzo“ statt. Frau Roschner-Wilke singt für die Sonntagstheilnahme Frau Brigelmann die Partie der Santuzza. Vom 18.—26. Nov. findet eine geschlossene Aufführung des „Ring des Nibelungen“ statt. Für den 8. Dezember ist eine Neuenführung von „Hofenbriegel“ geplant.

**Der Saarverein Karlsruhe** veranstaltet, wie aus dem Jahresbericht zu ersehen, kommenden Sonntag abend 8 Uhr im großen Festsaal eine Wohltätigkeitsabende zum Besten der saarländischen Exilanten. Im Mittelpunkt des Abends steht ein Vortrag des Herrn Verwaltungsdirektors Vogel aus Berlin über das Saargebiet. Es bietet sich danach unserer Stadt Karlsruhe die Gelegenheit, von einem ersten Autor über die schwere Bekämpfung und Verleumdung des Saargebietes durch die Verleumdung der Franzosen zu hören. Die Saarbewohner werden alles Interesse tragen, handhalten und treu bleiben, wenn man ihnen aus dem nichtbesetzten Gebiet des Deutschen Reiches Interesse entgegenbringt und bereit ist, Hilfe zu bringen. Die Bestrebungen des Saarvereins zu unterstützen ist jedoch Pflicht eines jeden Deutschen und darf so erwartet werden, daß der Wohltätigkeitsabend eine gefüllte Festhalle bringt.

**Dorothee Stubmann-Wendorff,** vom Symphoniekonzert, das kürzlich unter Leitung des Berliner Kapellmeisters Gottwaldt, in der Kapellmüllersaal stattfand, als hervorragende Sängerin hier bestens eingeführt, wird heute Donnerstag, den 9. November im Konzertsaal einen Wieder- und Trienabend geben, bei welchem Kapellmeister Tarnowski die Klavierbegleitung übernommen hat. Die Vorbereitung für dieses Konzert befohl die Konzertdirektion Kurt Reufelb, Waldstraße 30.

**Rettet! Helft!**

Gaben und Zeichnungen für die Winterhilfe nehmen entgegen: Alle hiesigen Banken, die Expeditionen der hiesigen Zeitungen, das Postfachkonto Nr. 22100 „Winterhilfe Karlsruhe“, sowie als Zentralstelle die städtische Sparkasse auf Girokonto Nr. 8100.

Karlsruhe, den 6. November 1922.

**Die Ortsgruppe Karlsruhe der Deutschen Roten Kreuzes:** Abends-Bezirksausflug, Allg. Deutscher Gewerkschaftsbund, Ortsgruppe, Mittelh. Kirchengemeinde, Arbeiterverband der Industrie, Bad. Frauenverein, Bad. Landbund, Bad. Landwirtschaftl. Verein, Bad. Landesmusikschule, Bad. Landesverein vom roten Kreuz, Bad. Landwirtschaftskammer, Caritasverband, Deutscher Beamtenbund-Ortsgruppe, Deutscher Gewerkschaftsbund-Ortsgruppe, Deutscher Gewerkschaftsring-Ortsgruppe, Ev. Kirchengemeinde, Ev. Stodmission, Handelskammer, Landwehrkammer, Internat. Bund der Kriegsoffer-Ortsgruppe, Israel. Wohlfahrtsbund, Israel. Religionsgesellschaft, Kath. Stadtdiakonat, Karlsruher Kantenervereinigung, Kleinrentnerbund-Ortsgruppe, Landeszentrale des Bad. Einzelhandels-Ortsgruppe, Mittelbadischer Bauernverband, Reichsbund der Kriegsoffiziere, Kriegsteilnehmer und Kriegshinterbliebenen-Ortsgruppe, Stadtrabiat, Stadtrat, Stadtvorordneten-Vorstand, Rektor und Senat der Technischen Hochschule, Verband Bad. Landwirtschaftlicher Genossenschaften, Verband Allg. Bauernvereine, Verband der Holzindustrie, Verband der öffentl. und privaten Wohlfahrtsvereine, Verband der Metallindustriellen, Verein Karlsruher Kreise, Wirtschaftlicher Verband hiesiger Künstler Südwestdeutschlands, Zentralrat der Betriebsräte-Ortsgruppe, Zentralverband des Deutschen Großhandels-Ortsgruppe, Zentralverband Deutscher Kriegsoffiziere und Kriegshinterbliebenen-Ortsgruppe, Zentralverband der Invaliden und Witwen Deutschlands-Ortsgruppe, Bezirksamt Karlsruhe, Badischer Kriegerverein.

**Der Arbeitsausflug:** Oberbürgermeister Dr. Ritter, Vorsitzender; Oberamtmann Schabale; Amend, Chefredakteur; Bonshof, Obersekretär; Baummeister, Sekretär; Aeser, Redakteur; Prof. Dr. Hilling, Oberkassier; Wilm, Schlossermeister; Dr. Munte, Red.-Rat; Prof. Dr. Bredin, Rektor der Technischen Hochschule; Frau Brehm, Stadträtin; Dietrich, Kaufmann und Stadtvorordener; Dr. Böcklein, Generaldirektor; Dreßler, Geschäftsführer; E. Dürr, Großkaufmann; Erb, Arbeitersekretär; Köhner, Gewerkschaftssekretär; Dr. Fichtl, Direktor des Städt. Fürsorgeamts; Fischer, Kirchenrat; Frau Fischer, Stadträtin und Landtagsabgeordnete; Freundlieb, Kaufmann; D. E. Fren, Stadtvorordener-Obmann; Frau Paula Gehardt; Gsell, Kommerzienrat; Heinz, Fabrikdirektor; Hof, Gewerkschaftssekretär; Dr. Horstmann, Bürgermeister; Jacob, Stadtrat; Kaminiski, Stadtpfarrer; Kühn, Stadtrat; Künzel, Dipl.-Ingenieur; Dr. Kurzein; Stadtrabiat; v. Loer, Chefredakteur; Lutz, Geistl. Rat; Dr. Mantel, Generalarzt; Frau Mathis, Stadträtin; A. Th. Meyer, Chefredakteur und Geistlicher Rat; Pioninger, Kommerzienrat; Dr. Müller, Direktor der Landwirtschaftskammer; Gehl, Rat, Generalsekretär; Frau Bonhöfer, Direktorin; Gehl, Rat, Stadtrat; Himmelsbräuer, Heizer; Dr. Schiffer, Rabbiner; Schilling, Krankenkassenbeamter; Schmidt, Missionsinspektor; Schöpflin, Chefredakteur; Schwerdt, Stadtrat; Dr. W. Schneider, Chefredakteur; Siegel, Stadtvorordener; Strauß, Kommerzienrat.

**Wir rufen alle** zur Hilfeleistung auf. Der Winter steht vor der Tür, „Winterhilfe“ ist die Lösung. Den Rufus der Deutschen Reiches folgen, geht die „Deutsche Roten Kreuzes“ auch in Karlsruhe aus Berl. Die unterzeichneten Berufsgruppen und Verbände haben sich zu einer „Ortsgruppe Karlsruhe der Deutschen Roten Kreuzes“ zusammengeschlossen. Von ihr aus ergeht an die gesamte Einwohnerschaft der Stadt, an Gewerbe, Industrie und Handel, an Handwerker und freie Berufe, an die Landwirtschaft, an die Beamten und sonstigen Festbediensteten, an die Arbeiterchaft aller Gewerkschaften, an alle, die im Vollgenuss ihrer Gesundheit und ihrer Arbeitskraft stehen, der Ruf:  
**Zu Hilfe!**

Mit Millionen und stetig erneuten Zuflus von Gaben muß gerechnet werden. Wer über große Mittel verfügt, mag große Spenden geben, die dem schwachen Markwert entsprechen. Die Industrie, die Banken, der Handel müssen die „Winterhilfe“ mit einem Monatsposten in ihrem Betrieb einstellen, die Landwirtschaft muß einen Teil ihrer Erzeugnisse zur Verfügung stellen, die Geschäftsleute mögen eine regelmäßige Zuwendung von ihren Zageeinnahmen für die „Winterhilfe“ abgeben, die Festbediensteten, namentlich die Bediensteten unter ihnen, mögen bestimmte Gehaltsanteile sich abgeben lassen, um ihrer sozialen Pflicht zu genügen, die Arbeiterchaft mag, wo es geht, sich zur Leistung von Leberstunden bereit erklären, deren Wert dem Stillsitzen gegenüber wird. Nur durch schnelle, planmäßige und umfassende Hilfe kann das Ziel gelingen. Die Verteilung der spendierten Gaben wird in die Hände eines Arbeitsausschusses gelegt, in dem die Gebenden wie die Bedachten vertreten sind.

Die Geschäftsstelle, bei der jede nähere Auskunft erteilt wird, ist der Zentralstelle des städtischen Fürsorgeamts, Rathaus, 3. Stock, Zimmer Nr. 122 angegliedert.

**Valuta-Bericht vom 8. November**

Die Mark notierte heute in der Schweiz circa 0,06 Frs. Auszahlung Holland notierte etwa 8800 M. per holl. Gulden. Schweiz notierte etwa 1680 M. per schw. Fr. England notierte etwa 40450 M. per Pfd. Sterl. Frankreich notierte etwa 555 M. per fr. Fr. Neupost notierte etwa 9150 M. per Dollar.

**Wasserstand des Rheins**

Rehl 862, gef. 9; Marau 579, gef. 4; Mannheim 521, gef. 5 Zentimeter.

**Kleine Nachrichten**

**Leipzig.** Mittwoch nachmittag wurden in der Rauchwarenhandlung von Rosenau in der Nikolaistraße für 28 Millionen Mark Rauchwaren gestohlen. Auf die Wiederbeschaffung der gestohlenen Waren ist eine Belohnung von 2 Millionen Mark ausgesetzt.

**Danzig.** Durch Spruch des Schlichtungsausschusses war den Angehörigen der Danziger Werft ein Zuschlag von 150 Prozent gemacht worden, während sie 800 Prozent verlangt hatten. Da sie mit dieser Entscheidung nicht zufrieden waren, traten sie heute in den Streik. Infolgedessen hat die Werftleitung rund 75 Prozent der über 10000 Mann betragenden Arbeiterchaft, die auf 24stündige Kündigung angesetzt ist, gekündigt.

**Letzte Nachrichten**

**Lord Curzon für eine Politik der Verständigung**

Deutschland muß seine Verpflichtungen erfüllen  
London, 8. Nov. In einer Rede in der City gab Lord Curzon einen Überblick über die ähhere Lage. Er erklärte, Hauptgrund seiner Politik sei die Aufrechterhaltung der Gerechtigkeit unter den Alliierten. Was England mehr als irgend sonst etwas zu vermeiden wünscht, ist eine Abenteurerpolitik. Wir haben genug Krieg gehabt; ich glaube, daß in Frankreich die Reparationsfrage im höchsten Maße akut ist. Wir alle wünschen, erklärte Lord Curzon, daß Frankreich viel bekommt, als es bekommen kann, selbst wenn wir unsere Ansprüche zurückstellen sollten. Frankreich ist geneigt zu glauben, daß wir Deutschland gegenüber eine unzulässige Nachgiebigkeit zeigen. Dies ist keine gerechte Beschuldigung. Wir waren immer von dem Gefühl durchdrungen, daß die wirtschaftliche Wiederaufbauung Europas von wesentlicher Bedeutung ist und es sollte Deutschland die Möglichkeit gegeben werden, sein Gleichgewicht und seine Weltanschauung wieder zu gewinnen. Ich werde sicherlich nicht dazu beitragen, daß Deutschland seinen Verpflichtungen sich entzieht. Ich hoffe noch, daß wir mit friedlichen Mitteln zu einer Lösung kommen und ich glaube, daß jeder Versuch, die Frage durch Gewalt oder wirtschaftliche Maßnahmen zu erledigen, fehlschlagen werde.

**Eine neue deutsche Note**

Präzise Vorschläge der Reichsregierung — energische Finanzmaßnahmen in Deutschland  
Berlin, 9. Nov. Das Reichskabinett hat gestern nachmittag die deutsche Note an die Reparationskommission mit den von der Kommission erbetenen präzisen Vorschlägen fertiggestellt. Die Note wurde noch gestern abend überreicht. Der Inhalt der neuen deutschen Vorschläge ist wesentlich beeinflusst durch die Gutachten der internationalen Finanzschwerföndigen. Aufset den bereits veröffentlichten Gutachten sind laut „Politischer Zeitung“ gestern

noch vier weitere Gutachten der Reichsregierung übermittelt worden, die von den Finanzfachverständigen und den zur Neuherausbildung aufgeförderten Bankiers herrühren. In der Voraussetzung, daß die Grundauszahlung der Sachverständigen bei der Reparationskommission Anerkennung findet, verpflichtet sich nach Mitteilung einer sozialdemokratischen Korrespondenz die Reichsregierung in der neuen Note zu durchgreifenden Maßnahmen zur Verringerung der schwebenden Schuld und zum Ausgleich des Budgets. Die Mitwirkung an einem zur Stärkung der Mark zu bildenden Konsortium werde in Aussicht gestellt. Die Reparationskommission wird sich heute vormittag mit der deutschen Antwort beschäftigen. Am Nachmittag wird eine gemeinsame Sitzung der Vertreter der Reichsregierung und der Mitglieder der Reparationskommission stattfinden. Wie die Blätter schreiben, wird die Entscheidung der Kommission — wie vorgesehen — in Berlin nicht gefällt. Die Kommission wird am Freitag ihre Rückreise nach Paris antreten, von wo aus die deutsche Note beantwortet wird.

Berlin, 9. Nov. Heute vormittag werden die Parteiführer vom Reichstagsklub über den Inhalt der deutschen Vorschläge unterrichtet werden. In dieser Sitzung der Parteiführer soll laut „Vorwärts“ auch über die Enderfassung des Reichstags endgültig Beschluß gefaßt werden.

**Französischer Vandalismus in der Pfalz**

Berlin, 9. Nov. Mittermeldungen aus Frankfurt a. M. zufolge hat der französische Oberkommandierende der Rheinarmee angeordnet, daß in unmittelbarer Nähe von Speyer bei dem Dorfe Dudenhofen ein neuer Bombenabwurfplatz errichtet werden muß. Hierzu müssen ganze Wälder umgehackt und viele Morgen besten Ackerlandes verwendet werden. Die Kosten der Errichtung des Übungsplatzes muß wie üblich das Deutsche Reich tragen.

Schriftleitung Georg Schöpflin. Verantwortlich: für Artikel, Politische Nachrichten und Letzte Nachrichten Hermann Adel; für Redaktionspolitik, Aus dem Lande, Gemeindepolitik, Aus der Partei, Gerichtsachting und Neuigkeiten Fern. Winter; für Aus der Stadt, Gemeindepolitik, Soziale Rundschau, Genossenschaftsbewegung, Jugend und Sport, Briefkasten Josef Eisele; für den Anzeigenteil Gustav Krüger, sämtliche in Karlsruhe.

**Bereinsanzeiger**

Bei 2 und mehr Stellen  
Bei 1 Stelle  
Veranstaltungsanzeigen finden unter dieser Rubrik keine Aufnahme  
Karlsruhe, (Arbeiter-Sängerartikel) Freitag, den 10. ds. Mts., abends 8 Uhr, findet im „Goldenen Adler“ Karlsruher, Lokal Typographie, Kartellversammlung statt. Tagesordnung: Vortrag „Wege und Ziele des Arbeiter-Sängerartikels“. Die Kartelldelegierten, Vereinsvorstände bezw. Verwaltungsmitglieder und Sangesgenossen werden gebeten, zahlreich zu erscheinen. Besondere Einladungen ergehen nicht. 5321 Der Vorsitzende.

**Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe**

Todesfälle. Konstantin Krauß, Privatmann, Witwer, alt 79 Jahre, Peter, alt 9 Monate 25 Tage, Vater Eugen Lutz, Prof. Verdingungzeit und Frauenerwerb erwachsener Verstorbenen. Donnerstag, 9. November 1922, 2 Uhr: Marie Seitz, Tagelöhners-Witwe, Kasernenstraße 11. — 1/4 Uhr: Konstantin Krauß, Privatmann, Kriemhildstraße 123, Feuerbestattung.

